

Stadtpunkte

1|22



IM FOKUS

Wegen Omikron-Welle:
Alltagshelferprogramm für die
Kindergärten schnell ausweiten

Städte wollen vom Robert-
Koch-Institut Leitlinien zur
Kontaktnachverfolgung

25 Jahre Ausbildungskonsens:
gemeinsam für bessere
Ausbildungs- und Berufschancen
in NRW

Städte bereiten
Verfassungsbeschwerde gegen
das Gemeindefinanzierungsgesetz
2022 vor

AUS DEN STÄDTEN

Aachen Nord: Neuer
Gründergeist am altindustriellen
Traditionsstandort

FACHINFORMATIONEN

KALEIDOSKOP

GERN GESEHEN

Phänomenta Lüdenscheid:
Naturwissenschaften zum Anfassen



Wegen Omikron-Welle: Alltagshelferprogramm für die Kindergärten schnell ausweiten

Der Städtetag NRW fordert das Land auf, angesichts der Omikron-Welle das Alltagshelferprogramm für die Kindergärten schnell ausweiten. Der Städtetagsvorsitzende, Oberbürgermeister Pit Clausen aus Bielefeld, sagte dazu am 6. Januar gegenüber der



Foto: Katrin Biller

**Der Betrieb der
Kindertagesstätten
muss solange wie
möglich im Regelbetrieb
laufen können, auch
wenn Quarantäne und
Krankheitsfälle zunehmen.**

Oberbürgermeister
Pit Clausen
Vorsitzender Städtetag NRW

Rheinischen Post: „Der Betrieb der Kindertagesstätten muss solange wie möglich im Regelbetrieb laufen können, auch wenn Quarantäne und Krankheitsfälle zunehmen. Eine wichtige Maßnahme dafür ist, dass Teilzeitkräfte ihre Arbeitszeit kurzfristig erhöhen können, um ausgefallene Kolleginnen und Kollegen zu ersetzen. Wir fordern das Land auf, unverzüglich das Alltagshelferprogramm auszuweiten, damit auch in Teilzeit beschäftigtes Kita-Personal schnell die Stunden erhöhen kann. Dies ist unverzichtbar, um die Sicherheit in der Kinderbetreuung in den nächsten Wochen und Monaten zu gewährleisten.“

Die Landesregierung hat das Förderprogramm zur Finanzierung dieser Alltagshelfer seit Januar nur eingeschränkt wieder aufgenommen. Damit können die Kitas zwar zusätzliche Kräfte einstellen, aber nicht die Wochenstunden der bereits tätigen Alltagshelferinnen anheben. Das ist völlig unzureichend. Denn die Träger der Kindergärten finden kurzfristig nicht genügend neues Personal. Das Programm verliert so seine Wirkung.“

Städte wollen vom Robert-Koch-Institut Leitlinien zur Kontaktnachverfolgung

In der aktuellen Omikron-Welle kommen die Gesundheitsämter in einigen NRW-Städten an die Grenzen ihres Leistungsvermögens und können nicht mehr sämtliche Kontakte von Covid-19-Infizierten nachverfolgen. Dazu sagte der Geschäftsführer des Städtetages NRW, Helmut Dedy, am 6. Januar gegenüber dem WDR:

„Die Gesundheitsämter sind leistungsfähiger als vor Beginn der Corona-Krise. Bei sehr hohen Inzidenzen wird aber die Grenze der Leistungsfähigkeit bei der Kontaktnachverfolgung erreicht. Dann müssen die Gesundheitsämter priorisieren. Wir halten es für sinnvoll, sich bei der Kontaktnachverfolgung vorrangig auf enge Familienangehörige oder enge Kontaktpersonen zu konzentrieren. Denn dort werden die meisten Infektionen weitergegeben. Selbstverständlich haben die Gesundheitsämter auch einen besonderen Fokus auf die Pflegeheime und Behinderteneinrichtungen.“

Das Robert Koch Institut (RKI) oder das Bundesgesundheitsministerium müssen klarstellen, dass bei sehr hohen Inzidenzen keine lückenlose Kontaktnachverfolgung erfolgen

muss. Und wir brauchen vom RKI Leitlinien für eine Priorisierung der Kontaktpersonennachverfolgung.“



Foto: Laurence Chaperon

Die Gesundheitsämter sind leistungsfähiger als vor Beginn der Corona-Krise.

Helmut Dedy
Geschäftsführer Städtetag NRW

Titelfoto:

Neue Höfe Herne: Ideen und Lebendigkeit statt Leerstand

Ein Projekt mit Strahlkraft für ganz Herne, das sollen sie sein, die „Neuen Höfe Herne“. Dort haben es die Stadt, die Stadtentwicklungsgesellschaft SEG und der Investor Landmarken AG in den vergangenen Jahren erfolgreich geschafft, ein ehemaliges Hertie-Kaufhaus neu zu beleben. Sie geben damit auch dem davorliegenden Robert-Brauner-Platz und der gesamten Herner Innenstadt neue, positive Impulse. Ende 2014 hatte die Stadtentwicklungsgesellschaft Herne (SEG) das Gebäude erworben, um den jahrelangen Leerstand im Hauptzentrum der Stadt zu beseitigen und einen Stadterneuerungsprozess in Herne-Mitte anzustoßen.

<https://inherne.net/neue-hoefe-sind-vollvermietet/>



Die IHK Nord Westfalen in Münster ist im Münsterland und der Emscher-Lippe-Region engagiert im Ausbildungskonsens NRW (Foto: Presseamt Münster Münsterinterview)



25 Jahre Ausbildungskonsens: gemeinsam für bessere Ausbildungs- und Berufschancen in NRW

Von Klaus Hebborn und Dr. Michaela Stoffels

Vor 25 Jahren wurde der Ausbildungskonsens NRW ins Leben gerufen. Seitdem bemühen sich die verschiedenen Landesregierungen, Sozialpartner, Kammern, Arbeitsverwaltung und die kommunalen Spitzenverbände – parteiübergreifend und unabhängig von Legislaturperioden – gemeinsam, die Ausbildungs- und Berufswahlsituation für Jugendliche und junge Erwachsene im Land Nordrhein-Westfalen zu verbessern. Vieles wurde dabei bereits erreicht – doch sind die Herausforderungen weiterhin groß.

Vom Arbeitgeber zum Arbeitnehmermarkt

Als sich die Partner des Ausbildungskonsens' NRW im Jahr 1996 erstmals zusammenfanden, war die Lage auf dem Ausbildungsmarkt eine andere als heute. Es gab deutlich mehr Bewerberinnen und Bewerber als freie Ausbildungsplätze, der Markt war nur wenig auf-

nahmefähig. Dagegen haben wir es heute, verschärft durch die Situation in der Pandemie, mit einem „Arbeitnehmermarkt“ zu tun. Derzeit übersteigt die Zahl unbesetzter Ausbildungsplätze die Anzahl unversorgter Bewerberinnen und Bewerber deutlich. Hinzu kommt, dass die Bildungsexpansion seit Jahrzehnten zumindest teilweise stagniert. Zwar streben immer mehr Jugendliche höhere, akademische Bildungsabschlüsse an – mit der Folge, dass in der klassischen dualen Ausbildung in vielen Bereichen ein Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern herrscht. Auf der anderen Seite existiert aber ein hoher Anteil junger Menschen ohne jeglichen schulischen oder beruflichen Abschluss.

Städtisches Engagement

Von Beginn an sind sich die Partner im Ausbildungskonsens einig, durch ihre Aktivitäten die Ausbildungs- und Berufschancen junger Menschen nachhaltig verbessern zu

wollen. So soll möglichst allen interessierten Jugendlichen zu einem Ausbildungsplatz und zu einem qualifizierten Berufsabschluss verholfen werden. Der Städtetag NRW befragt seine Mitglieder regelmäßig zur Ausbildungstätigkeit und appelliert zugleich, zusätzliche Ausbildungs- oder Praktikumsplätze bereitzustellen. Die Städte sehen sich hier in einer besonderen Verantwortung und nehmen diese vielfach durch die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen über ihren eigenen Bedarf hinaus wahr.

Im Rahmen des Ausbildungskonsenses vertritt der Städtetag NRW die Interessen seiner Mitglieder und trägt relevante Themen, beispielsweise zur Organisation und Ausstattung der Berufsschulen, in seine zuständigen Gremien. Zugleich werden in den regelmäßigen Spitzengesprächen des Ausbildungskonsenses die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt sondiert und gemeinsame Verabredungen zu Maßnahmen und Programmen getroffen.

Landesprogramm „Kein Abschluss ohne Anschluss“

Wesentlich für eine schrittweise Verbesserung der Ausbildungssituation war die Übereinkunft zur Einführung eines Übergangssystems von Schule und Beruf im Jahr 2011. Das Landesprogramm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA) hat sich über die Jahre bewährt und ist zu einem Eckpfeiler des Übergangssystems geworden. Es hat sich in allen 53 Gebietskörperschaften landesweit

etabliert. Seit dem Schuljahr 2016/2017 beteiligen sich sämtliche öffentlichen Schulen in NRW ab der 8. Klasse an dem Programm. Zielsetzung von KAoA ist zum einen, jungen Erwachsenen die Ausbildungs- und Berufswahl zu erleichtern. Zum anderen ist das Programm ein wichtiges Element präventiver Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

Maßgeblich umgesetzt und koordiniert wird das Landesprogramm von den Kommunalen Koordinierungsstellen. Sie gewährleisten eine Bündelung der Kräfte vor Ort, unterstützen die Schulen und bemühen sich um Transparenz in einem unübersichtlichen Feld von Fördermöglichkeiten. Durch regelmäßige KAoA-Dezernententreffen unter Federführung der kommunalen Spitzenverbände wird außerdem die Abstimmung des Programms zwischen Landes- und kommunaler Ebene wesentlich befördert.

Die Verbesserung der Ausbildungs- und Berufschancen junger Erwachsener braucht den gemeinsamen Gestaltungswillen sämtlicher relevanter Akteure. Die Partner des Ausbildungskonsenses NRW haben bewiesen, dass dies trotz immer neuer Herausforderungen gelingen kann – wenn langer Atem und Durchhaltewillen vorhanden sind.

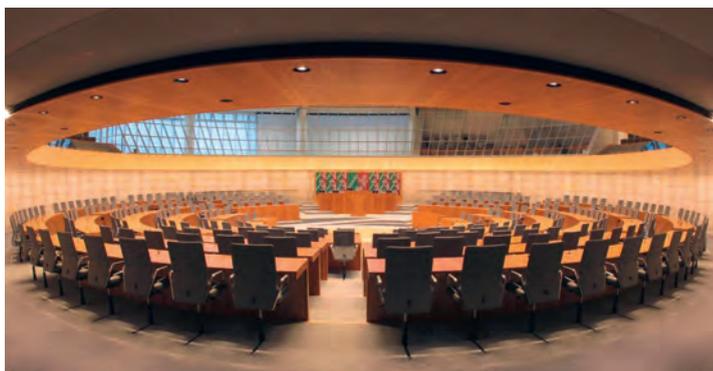
Klaus Hebborn
Beigeordneter Städtetag NRW

Dr. Michaela Stoffels
Referentin Städtetag NRW

Städte bereiten Verfassungsbeschwerde gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz 2022 vor

Von Benjamin Holler

Mehrere kreisfreie Städte haben eine Verfassungsbeschwerde gegen das GFG 2022 angekündigt. Der Städtetag NRW koordiniert das Verfahren und unterstützt die beschwerdewilligen Städte bei den Vorbereitungen zur Klageeinreichung. Die Verfassungsrichterinnen und Verfassungsrichter in Münster sollen die Schlechterstellung der kreisfreien Städte beim Finanzausgleich unterbinden.



Plenum im Düsseldorfer Landtag (Foto: Landtag NRW Bernd Schälte)

Im Gemeindefinanzierungsgesetz 2022 wird erstmalig eine Unterscheidung zwischen kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden vorgenommen. Bei der Steuerkraft werden unterschiedliche Maßstäbe angelegt, sodass die kreisfreien Städte per se als steuerkraftstärker eingestuft werden.

Damit unterstellt das Land zu Unrecht, dass kreisfreie Städte grundsätzlich bessere Voraussetzungen für die Festsetzung höherer Hebesätze hätten. Der Städtetag NRW lehnt diese Differenzierung ab. Sie ist nicht sachgerecht. Höhere Hebesätze resultieren nicht aus besseren Voraussetzungen, sondern sind Ergebnis von höheren Ausgaben und Konsolidierungszwängen. Die finanzwissenschaftlichen Sachverständigen in der Anhörung des Landtags-Kommunalausschusses teilen diese Sichtweise.

Mit der Differenzierung der fiktiven Hebesätze greift das Land erheblich in die Berechnungsweise des kommunalen Finanzausgleichs ein. Allein bezogen auf die Schlüsselzuweisungen der Gemeinden und die mit dem GFG 2022 vorgesehene zunächst hälftige Umsetzung belastet die Landesregierung die kreisfreien Städte mit 109 Mio. Euro Minderzuweisungen. Hinzu kommen Belastungen aus der erhöhten Landschaftsverbandsumlage in Höhe von rund 9 Mio. Euro. Im nächsten Jahr könnte eine vollständige Umsetzung erfolgen. Dann würden mehr als 216 Mio. Euro an Schlüsselzuweisungen von den kreisfreien Städten zu den kreisangehörigen Gemeinden umverteilt und die Umlagebelastung stiege ebenfalls weiter an.

Die vorgesehene Differenzierung und ihr Zustandekommen entsprechen nicht den bereits 1998 vom Verfassungsgerichtshof formulierten Vorgaben: Der Gesetzgeber müsse auf Umstände abstellen, denen er selbst in seiner Bewertung Aussagekraft für die Möglichkeiten der Gemeinden zur Bemessung der Realsteuern beimisst. Nachdem der Landtag das Gemeindefinanzierungsgesetz 2022 am 15. Dezember 2021 unverändert beschlossen hat, bleibt den kreisfreien Städten nur noch der Gang nach Münster, um die notwendigen Korrekturen zu bewirken.

Benjamin Holler
Referent Städtetag NRW

Stellungnahme des Städtetages NRW an den Landtag:
<https://t1p.de/Stellungnahme-17-4327>



Aktionstag
(Foto: DRK-Kreisverband
Städteregion Aachen e. V.)

Aachen Nord: Neuer Gründergeist am altindustriellen Traditionsstandort

Von Kirsten Roßels

Aachen-Nord, der altindustriell geprägte Traditionsstandort ist schon seit dem frühen 19. Jahrhundert ein Spiegelbild aktueller wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen und der Zeit schon immer einen Schritt voraus.

Der Stadtteil erfuhr im Rahmen der knapp zwölfjährigen Laufzeit des Förderprogramms Soziale Stadt bereits besondere Aufmerksamkeit. Das alte Industrieviertel ist unter anderem auch ausgelöst durch die Stadteilerneuerung seit einiger Zeit Hotspot für zahlreiche spannende Entwicklungen. Eine gravierende Veränderung setzte mit der Revitalisierung des Alten Schlachthofgeländes ein. Es wurden viele neue und moderne Unternehmen in das Gebiet gebracht.

Innovative Ingenieur- und Mediendienstleistungen, kulturelle Einrichtungen, Veranstaltungsorte und handwerkliche Betriebe befinden sich seitdem in einer Reihe mit Traditionsunternehmen. Eine weitere Entwicklungsdynamik erfolgte 2017 mit der Ansiedlung des digitalHUB an der Jülicher

Straße, einem Ort, an dem digitale Startups und der Aachener Mittelstand zusammenkommen und an neuen Geschäftsmodellen arbeiten. Hinzukommen weitere Flächenaktivierungen. Das rund 50.000 Quadratmeter große Areal von Garbe, Lahmeyer & Co. bietet beispielsweise seit 2021 Flächen für den Collective Incubator der RWTH Aachen. In direkter Nachbarschaft ist zudem der innovative Fruchtcampus von Zentis angesiedelt.

Diese Entwicklungen, aber auch verschiedene Maßnahmen des Programms „Soziale Stadt“ oder des ESF-Bundesprogramms „BIWAQ“ machen deutlich, dass Aachen-Nord mehr ist als nur ein Gewerbestandort. Es ist spürbar, der Startschuss für ein lebendiges, nachhaltiges und smartes Quartier ist gefallen. Ein Wandel steht an: Eine zweite Gründung!

Erarbeitung eines Nutzungs- und Vermarktungskonzepts

Im Jahr 2020 beauftragte die Stadt Aachen die CIMA Beratung + Management GmbH mit der Erstellung eines Nutzungs- und Vermarktungskonzepts für den Standort. Ziel dieses Konzeptes war es, durch externe Unterstützung ein Nutzungs- und Vermarktungskon-



Workshop (Foto: Till Braun)

zept zur Revitalisierung von Gewerbeflächen in Aachen-Nord erarbeiten zu lassen, um einerseits auf die Gewerbeflächenknappheit innerhalb der Stadt Aachen reagieren zu können, sogenannte Reserveflächen zu aktivieren sowie andererseits dem Nachhaltigkeitsgedanken nachzukommen.

In Aachen-Nord bietet sich derzeit für die zweite Gründung ein Potenzial von über 390.000 m² nicht bzw. mindergenutzter Fläche, das ist so viel wie an keiner anderen Stelle im Aachener Stadtgebiet. Aus dem einstigen reinen Gewerbe- und Arbeiterstandort kann sich durch die Gestaltung öffentlicher Wege, Plätze, Grün- und Freiräume, durch moderne Unternehmen sowie Smart City-, Mobilitäts- und Infrastrukturkonzepte ein lebendiges, nachhaltiges und vernetztes Quartier entwickeln, welches die Anforderungen an eine veränderte Arbeitswelt und die Prinzipien der Nachhaltigkeit berücksichtigt.



Zonierung Aachen-Nord
(Grafik CIMA Beratung + Management GmbH)

Einrichtung eines Standortmanagements

In diesem Zusammenhang wurde auch das Standortmanagement Aachen-Nord ins Leben gerufen. Es verfolgt die gezielte Gesamtentwicklung des Gebietes und übernimmt dabei folgende Aufgaben:

- Koordinierungsstelle rund um alle Entwicklungen in Aachen Nord,
- Zentrale Anlaufstelle für Unternehmen, Investorinnen/Investoren sowie grundsätzlich alle Standortinteressierten,
- Verknüpfung vorhandener Initiativen und Koordinierung von neuen sowie laufenden Maßnahmen,
- Initiierung von neuen Projekten und Gewinnung aktiver Unternehmen.

Im Vordergrund steht dabei nicht die reine Vermarktung einzelner Flächen, sondern die Vernetzung, die Gesamtentwicklung und die Steigerung der Gesamtattraktivität des Gebietes.

Aktionstag der Wirtschaft

Eine erfolgreiche und beispielhafte Maßnahme, um Unternehmen aus Aachen-Nord mit ihrem Umfeld und ihrem Stadtteil zu vernetzen war im Jahr 2021 der Aktionstag der Wirtschaft. Die Idee ist ebenso einfach wie genial: Aachener Unternehmen stellen für einen Tag mindestens eine/n Mitarbeiterin/ Mitarbeiter frei, um ein konkretes Projekt für und mit einer gemeinnützigen Einrichtung aus Aachen umzusetzen. Geld ist Nebensache – vielmehr sind Ressourcen wie Zeit, Wissen, Kompetenz, Kontakte und Logistik gefragt. Insgesamt konnten 16 Unternehmen an zehn soziale Einrichtungen vermittelt und insgesamt 15 Projekte umgesetzt werden. Eine Wiederholung ist für September 2022 geplant.

Kirsten Roßels
Teamleitung Wirtschaft, Stadt Aachen

Standortmanagement Aachen-Nord
Katrin Futterlieb
katrin.futterlieb@mail.aachen.de
0241 432 7611

Weitere Informationen unter:
www.aachen.de/ac-nord

Aktionstag der Wirtschaft: https://www.youtube.com/watch?v=eb-BNNL_hrY

IMEG-Portal: Meldesystem für Gewalt gegen Einsatzkräfte geht an den Start

Zwölf kreisfreie Städte und Kreise, darunter Bochum, Krefeld, Hamm, Duisburg und Düsseldorf, testen aktuell in einer Pilotphase das innovative Melde- und Erfassungssystem Gewaltübergriffe (IMEG). Über das Portal können Einsatzkräfte des Rettungsdienstes und der Feuerwehr körperliche Angriffe, verbale und non-verbale Übergriffe sowie Sachbeschädigungen online und plattformunabhängig melden. Das IT-System soll den Meldeweg vereinfachen und die Bearbeitung der Fälle beschleunigen. Je nach Schwere des Übergriffs erfolgen unter anderem psychosoziale Nachbereitungen, Unfallanzeigen und Strafanträge. Das Meldesystem ist Teil des Aktionsbündnisses zum besseren Schutz von Feuerwehr- und Rettungskräften, an dem auch der Städtetag NRW beteiligt ist.

<https://www.im.nrw/aktionsplan-gemeinsam-gegen-gewalt-veroeffentlicht>

Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2022“ gestartet

Wer sind Deutschlands „Klimaaktive Kommunen 2022“? Bis zum 31. März suchen das Bundesumweltministerium und das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) Städte, Landkreise und Gemeinden, die erfolgreiche, wirkungsvolle und innovative Klimaschutzprojekte umsetzen. Bewerbungen sind in den Kategorien „Ressourcen- und Energieeffizienz“, „Klimagerechte Mobilität“ und – ganz neu – in der Kategorie „Klimafreundliche Verwaltung“ sowie im Sonderpreis zum Thema „Klimaschutz und Naturschutz“ möglich. Die Auszeichnung ist mit einem Preisgeld in Höhe von 25.000 Euro je Preisträger dotiert, das wieder in Klimaprojekten zu investieren ist. Die Gewinner werden auf der nächsten Kommunalen Klimakonferenz, voraussichtlich im November 2022 in Berlin, öffentlich bekannt gegeben und ausgezeichnet.

www.klimaschutz.de



Rettungsdienst der Feuerwehr in Bochum
(Foto: Lutz Leitmann/Stadt Bochum, Referat für Kommunikation)

Bund fördert Unterstützungsangebote für den Übergang junger Menschen von der Schule in den Beruf

Um den Anteil junger Menschen zu erhöhen, die erfolgreich eine berufliche Ausbildung oder ein Studium abschließen, stellt der Bund dem Land NRW 96 Millionen Euro im Rahmen der Bund-Länder-Initiative „Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ zur Verfügung. Eine entsprechende Vereinbarung haben der Bund, das Land und die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit getroffen. Das Geld soll über einen Zeitraum von sechs Jahren (2021-2026) für die systematische Weiterentwicklung von Angeboten zur Verfügung stehen, die junge Menschen beim Übergang von der Schule in den Beruf unterstützen. Grundlagen der Vereinbarung bilden die Initiative Bildungsketten des Bundes und das Landeskonzept „Kein Abschluss ohne Anschluss (KAoA)“.

www.bildungsketten.de

www.mags.nrw/uebergang-schule-beruf-startseite



Übergang Schule - Beruf in NRW gestalten.

Studie: Windenergiebranche in NRW erwirtschaftet 7,2 Milliarden Euro

In NRW werden rund 7,2 Milliarden Euro Umsatz in der Windenergiebranche erwirtschaftet. Zu diesem Ergebnis kommt das Bremer Marktforschungsinstitut Windresearch in einer aktuellen Studie. Den größten Anteil am Umsatz und bei den Beschäftigten habe die Produktion von Windenergieanlagen. Windenergie beschäftigt rund 20.000 Menschen in Vollzeit.

<https://t1p.de/Windenergiestudie>



Düsseldorf: Oberbürgermeister startet Videoformat „Frag den OB“

Düsseldorfs Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller hat ein neues, interaktives Videoformat gestartet. Unter dem Namen „Frag den OB“ sind alle Düsseldorferinnen und Düsseldorfer ab 18 Jahren aufgerufen, ein (Handy-)Video (max. 1 Minute) mit einer Frage an den Oberbürgermeister in einem gängigen Videoformat aufzuzeichnen und einzuschicken. Der Oberbürgermeister will die Antworten darauf regelmäßig per Video aufzeichnen und als Frage-Antwort-Video anschließend auf den Social-Media-Kanälen der Stadt veröffentlichen.

www.duesseldorf.de/frag-den-ob

Architektur zum Anbeißen: Dortmunder Archiv zeigt Nachbauten berühmter Wahrzeichen

60 aus Essbarem nachgebaute Architekturminiaturen, darunter der Parthenon, das Kolosseum oder der Schacht XII der Zeche Zollverein, präsentiert aktuell die Ausstellung „Baukunstbuffet“. Sie ist noch bis zum 6. März im Baukunstarchiv NRW in Dortmund zu sehen. Baumaterialien sind u. a. Bismarckheringe, Champignons, Knäckebrot, Petersilie und Bananen. Die oft witzigen und ironischen Bau-Interpretationen wurden von der Künstlergruppe Bauschmaus angefertigt.

<https://baukunstarchiv.nrw/2021/11/19/baukunstbuffet>



Nachbau der Kunsthalle Bielefeld (Foto Bauschmaus)



Phänomenta Lüdenscheid: Naturwissenschaften zum Anfassen

„Lüdenscheid? – Da ist doch dieses Science-Museum!“ Die Phänomenta, die in diesem Jahr ihren 25. Geburtstag feiert, ist weit über die Stadtgrenzen Lüdenscheids hinaus bekannt. Unter dem Motto „Forschen x Neugier = Spass“ lockt sie mit über 200 Experimentierstationen kleine und große Forscher in ihre Ausstellung. Was ich an einem Besuch dort besonders schätze: Anfassen und selbst ausprobieren ist in der Phänomenta nicht nur erlaubt, sondern ausdrücklich erwünscht.

Direkt am Lüdenscheider Bahnhof gelegen, befindet sich das Science Center in bester Gesellschaft: Mit der ebenfalls dort ansäs-

sigen Fachhochschule Südwestfalen, dem Technikzentrum sowie dem Deutschen Institut für angewandte Lichttechnik hat sich das Areal zu einem Wissensquartier für Lüdenscheid und ganz Südwestfalen entwickelt. Im Rahmen des Projektes „415 m über NN – Denkfabrik“ ist das Erlebnismuseum deutlich gewachsen: Zwischen 2013 und 2015 entstand neben einem Erweiterungsbau auch der 75 Meter hohe Phänomenta-Turm mit Foucaultschem Pendel – das wohl jüngste Wahrzeichen unserer Stadt.

Sebastian Wagemeyer
Bürgermeister
der Stadt Lüdenscheid



Herausgeber:
Städtetag Nordrhein-Westfalen
Gereonstraße 18–32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag-nrw.de
Internet: www.staedtetag-nrw.de
Twitter: [@staedtetag_nrw](https://twitter.com/staedtetag_nrw)

Geschäftsführendes Vorstands-
mitglied: Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein,
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann
Gestaltung: Anna-Maria Roch
Layout/Druck: Media Cologne GmbH,
Hürth

ISSN: 2748-9752
Köln, Januar 2022